

Stand: 02.06.2026 10:02:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7744

"Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Volksdeutschen bewahren - Bayern muss aktiv Erinnerungsarbeit betreiben!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7744 vom 23.07.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7761 vom 24.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.07.2025



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Andreas Winhart, Elena Roon** und **Fraktion (AfD)**

### **Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Volksdeutschen bewahren – Bayern muss aktiv Erinnerungsarbeit betreiben!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass vor achtzig Jahren rund 14 Millionen Deutsche infolge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat in den deutschen Ostgebieten und im östlichen Europa verlassen mussten. Hunderttausende haben im Zuge von Flucht und Vertreibung, in Internierungslagern oder infolge ihrer Deportation in die Sowjetunion ihr Leben verloren.

Der Landtag betont, dass das Schicksal der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler einen außergewöhnlichen Beitrag zur Versöhnung der Völker im Herzen Europas geleistet hat und beabsichtigt, dies im Herbst 2025 im Rahmen einer Sitzung des Landtags zu würdigen. Auf diese Weise soll auch die Verbundenheit zwischen Bayern, Deutschland und unseren östlichen Nachbarn zum Ausdruck gebracht werden, die derzeit durch die russische Expansionspolitik besonders bedroht sind.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf,

- das kulturelle Erbe der Deutschen in den deutschen Ostgebieten sowie das Gedenken an Flucht und Vertreibung stärker in der eigenen Arbeit zu betonen,
- in Drucksachen und Publikationen ausschließlich die historischen deutschen Ortsnamen zu verwenden,
- für den Haushalt 2026/27 mehr finanzielle Mittel einzuplanen, um die deutsche Kulturarbeit in den ehemaligen deutschen Ostgebieten – insbesondere im Sudetenland – mit Blick auf den Erhalt der deutschen Sprache und Ortsnamen zu fördern,
- bei jeder Gelegenheit unsere tschechischen Freunde an das Unrecht der Beneš-Dekrete zu erinnern und deren endgültige Abschaffung zu fordern.

### **Begründung:**

Ein glaubwürdiges Eintreten für die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und anderer Volksdeutscher setzt voraus, dass ihre Identität als Teil des deutschen Volkes anerkannt wird. Wer jedoch gleichzeitig die Existenz eines deutschen Volkes in seiner ethnischen, kulturellen und geschichtlichen Dimension in Frage stellt oder leugnet, entzieht der eigenen Politik jede inhaltliche Substanz und Glaubwürdigkeit. Dabei ist die Zugehörigkeit zum deutschen Volk rechtlich eindeutig definiert: Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes und § 6 Abs. 1 des Bundesvertriebenengesetzes erkennen ausdrücklich die deutsche Volkszugehörigkeit aufgrund von Abstammung, Sprache, Erziehung und Kultur an. Eine Politik, die diese Grundlagen ignoriert oder relativiert, verfehlt ihren verfassungsmäßigen Auftrag.

In Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion leben noch bedeutende deutsche Minderheiten, auch wenn ihre Zahl im Vergleich zur Vergangenheit stark zurückgegangen ist. Russland beherbergt mit rund 200 000 bis 250 000 Volksdeutschen die größte Minderheit der Region. Ungarn engagiert sich dank Ministerpräsident Viktor Orbán aktiv für seine deutsche Minderheit, etwa durch das staatlich geförderte Deutsch-Ungarische Institut, das Kultur und Bildung unterstützt. Mit Ausnahme einiger Länder, darunter Russland, wird die deutsche Bevölkerung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks statistisch jedoch nicht eindeutig erfasst.

Das historische und kulturelle Erbe der ehemaligen deutschen Ostgebiete ist ein integraler Bestandteil des reichen gesamtdeutschen und bayrischen Kulturgutes. Die Sudetendeutschen sind aufgrund ihrer Vertreibung aus den ehemaligen Ostgebieten heute ein anerkannter Volksstamm Bayerns und verdienen eine angemessene Würdigung.

Bedauerlicherweise ist die finanzielle Förderung des sudetendeutschen Kulturerbes seitens der Staatsregierung minimal und unzureichend. Von 2014 bis 2022 wurden hierfür nur etwa 30,6 Mio. Euro in Bayern ausgegeben, während für die Pflege in den Herkunftsgebieten (z. B. Tschechien) lediglich 134.000 Euro bereitgestellt wurden – das ist eine ignorante Vernachlässigung. Ebenso wurden im selben Zeitraum im Durchschnitt bloß 63.371 Euro pro Jahr für deutsche Kultur- und Bildungsorganisationen im Ausland ausgegeben. Das steht in keinem Verhältnis zu den Milliardenbeträgen für die Unterstützung illegaler nichtdeutscher Einwanderer.

Von allen mittel- und osteuropäischen Ländern sowie den Staaten der ehemaligen Sowjetunion erkennen nur Polen und Tschechien offiziell deutsche Ortsnamen an. In polnischen Gemeinden mit über zehn Prozent deutscher Bevölkerung sind zweisprachige Ortsschilder erlaubt und teils umgesetzt. In Tschechien ermöglicht das Minderheitengesetz von 2002 unter ähnlichen Voraussetzungen bilingualen Gebrauch, auch in Behörden und Bildung. Diese Regelungen verdienen Dank und Anerkennung des Landtags.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bilateral für die Sichtbarmachung deutscher Ortsnamen in ehemals deutschen Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie im westlichen Teil der ehemaligen Sowjetunion einzusetzen. Dazu sollen Gespräche geführt und finanzielle Mittel zur Förderung entsprechender Initiativen bereitgestellt werden. Die Ausgaben können durch Einsparungen bei Asyl-, Energie- und Klimaprogrammen gedeckt werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, in allen amtlichen Drucksachen und Publikationen ausschließlich die historischen deutschen Ortsnamen zu verwenden, um das kulturelle Erbe sichtbar zu bewahren – etwa Königsberg statt Kaliningrad, Danzig statt Gdańsk, Aussig statt Ústí nad Labem, Reichenberg statt Liberec, Karlsbad statt Karlovy Vary und weitere traditionelle deutsche Bezeichnungen.

Die Beneš-Dekrete stellten eine tiefgreifende Verletzung grundlegender Menschen- und Eigentumsrechte dar. Millionen Sudetendeutsche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grundlage dieser Dekrete enteignet, enteignet und brutal vertrieben – viele unter Verlust ihres Lebens. Bis heute sind die Beneš-Dekrete in der Tschechischen Republik formell in Kraft und entfalten eine symbolische wie juristische Wirkung. Ihre Existenz widerspricht dem Geist eines versöhnten, freiheitlichen und auf gegenseitiger Achtung beruhenden Europas. Die Staatsregierung sollte daher unsere tschechischen Partner mit diplomatischer Klarheit und freundschaftlicher Entschlossenheit an dieses historische Unrecht erinnern und die endgültige Aufhebung dieser Unrechtsdekrete fordern – nicht um alte Wunden aufzureißen, sondern um echte Versöhnung zu ermöglichen.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Andreas Winhart, Elena Roon** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/7744

**Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Volksdeutschen bewahren – Bayern muss aktiv Erinnerungsarbeit betreiben!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Petra Loibl

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Elena Roon

Staatsministerin Ulrike Scharf

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**80 Jahre Flucht und Vertreibung - 75 Jahre Verständigung: Verdienste der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler um Frieden, Freiheit und Versöhnung umfassend würdigen! (Drs. 19/7654)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Volksdeutschen bewahren - Bayern muss aktiv Erinnerungsarbeit betreiben! (Drs. 19/7744)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Dr. Petra Loibl für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte, Sie haben das Wort.

**Dr. Petra Loibl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "80 Jahre Flucht und Vertreibung – 75 Jahre Verständigung". Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen die Verdienste der deutschen Heimatvertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler um Frieden, Freiheit und Versöhnung hier im Hohen Haus umfassend würdigen. Vor achtzig Jahren mussten rund 14 Millionen Deutsche infolge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat in den deutschen Ostgebieten und im östlichen Europa verlassen. Hunderttausende haben im Zuge von Flucht und Vertreibung in Internierungslagern und infolge ihrer Deportation in die Sowjetunion ihr Leben verloren. Aber trotz des erlittenen Leids haben sich die Heimatvertriebenen bereits fünf Jahre nach Kriegsende zur Verständigung mit den Völkern des östlichen Europas bekannt, zu einem Zeitpunkt, als die Folgen von Flucht und Vertreibung allgegenwärtig und viele Überlebende noch traumatisiert waren.

Mit der am 5. August 1950, also vor fast 75 Jahren, verkündeten Charta haben es die deutschen Heimatvertriebenen gewagt, den Kreislauf von Rache und Vergeltung zu durchbrechen und im Geiste gemeinsamer europäischer Werte einen Neuanfang zu wagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Heimatvertriebenen haben durch ihr Wirken und ihre Bereitschaft zur Versöhnung wesentlich dazu beigetragen, dass die kommunistische Gewaltherrschaft in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa überwunden und nach Vollendung der Deutschen Einheit 1990 der Prozess der Einigung Europas eingeleitet werden konnte.

(Beifall bei der CSU)

Seither sind elf Länder des östlichen Europas der Europäischen Union beigetreten, und das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Völkern dieser Länder ist so gut wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Einen großen Anteil daran haben auch die fast fünf Millionen Aussiedler und Spätaussiedler sowie die heimatverbliebenen Landsleute. Wie die Vertriebenen sind auch sie längst Bindeglied und Brückenbauer zwischen unseren Völkern, und das ist gut so.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa sieht sich gegenwärtig der größten Bedrohung seiner Sicherheit seit der Zeit der Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgesetzt. Zugleich droht achtzig Jahre nach der Flucht und Vertreibung und damit drei Generationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Erinnerung an die damaligen Ereignisse und an das damit verbundene Leid zu verblassen. Uns ist es wichtig, die Erinnerung daran zu bewahren und dieses Vermächtnis kommenden Generationen weiterzugeben.

Das gilt insbesondere auch für den Geist der Verständigung, der in der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 seinen Ausdruck gefunden hat. Ziel dieses beeindruckenden Appells war es zu verhindern, dass das seinerzeit überall sichtbare Leid, Völkerhass und Unfreiheit langfristig im Herzen Europas überdauern.

Aus unserer Sicht ist es die Aufgabe aller staatlichen Einrichtungen, das geschichtliche Bewusstsein zu stärken sowie die Kultur der Heimatverbliebenen, der Heimatvertriebenen, der Aussiedler und der Spätaussiedler lebendig zu halten und weiterzuentwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen und es noch einmal bekräftigen: Der Bayerische Landtag, das Hohe Haus, ist sich bewusst, dass das Schicksal der Heimatvertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler einen außergewöhnlichen Beitrag zur Versöhnung der Völker im Herzen Europas geleistet hat. Deshalb wollen wir, die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER, dieses Verdienst im Herbst dieses Jahres im Rahmen einer Sitzung hier im Hohen Haus würdigen. Es ist uns ein Herzensanliegen, die Verdienste der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler um Frieden, Freiheit und Versöhnung umfassend im Rahmen einer Sitzung zu würdigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auf diese Weise soll auch die Verbundenheit zwischen Bayern, Deutschland und unseren östlichen Nachbarn zum Ausdruck gebracht werden. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion werden wir aus folgenden Gründen ablehnen:

Zu Punkt 1, der Forderung, mehr zu tun: Kein Bundesland in Deutschland tut so viel für die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wie Bayern. Wir schätzen, würdi-

gen und finanzieren die Einrichtungen. Wir unterstützen unsere Landsmannschaften und würdigen die Verdienste.

Zu Punkt 2, der Forderung nach ausschließlich deutschen Ortsnamen: Unser Ziel ist es, in den entsprechenden Ländern Ortsnamen in zwei Sprachen zu haben. Es gelingt uns nicht immer, aber zwei Sprachen sind unser Ziel.

Zu Punkt 3, der Forderung nach mehr Geld: Ich verweise auf meine Ausführungen zu Punkt 1 und möchte hier noch einmal betonen, die stetige Aufstockung der finanziellen Mittel im Haushalt und die vielen Projekte, die wir im Rahmen unserer Fraktionsinitiative in diesem Bereich auf den Weg gebracht haben, sind ein deutliches Zeichen. Sie erwähnen mehrfach den Begriff "deutsche Minderheit". Hier ist aber in erster Linie der Bund zuständig und gefragt.

Zu Punkt 4, der Forderung, bei jeder Gelegenheit an das Unrecht der Beneš-Dekrete zu erinnern und deren endgültige Abschaffung zu verlangen: Ja, das ist ein sensibles Thema. Das ist uns bewusst. Ich habe in meiner Rede erwähnt, dass das Verhältnis zu unseren Nachbarn im östlichen Europa, insbesondere zu Tschechien, so gut ist wie noch nie. Das soll auch so bleiben. Darum ist uns dieses Thema wichtig, aber wir wollen nicht mit der sprichwörtlichen Tür ins Haus fallen, sondern mit dem Thema diplomatisch und sorgfältig umgehen.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag der AfD ab, und ich bitte nochmals um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Andreas Winhart für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Dr. Loibl, am Anfang meiner Rede wollte ich eigentlich sagen, dass es nicht angemessen ist, zu diesem schwierigen Thema einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, und stattdessen eine Gedenkstunde fordern. Umso mehr freue ich mich, dass Ihre Fraktionen bereit sind, dieses Themas im Herbst hier in diesem Hohen Haus zu gedenken.

Die Zahl von 14 Millionen Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten entspricht ungefähr der der heutigen Bevölkerung Bayerns. Sie mussten ein unglaubliches Schicksal erleiden. Es waren aber nicht nur Deutsche von den Querelen der Nachkriegszeit, ausgelöst durch die Politik der Alliierten, betroffen, sondern auch beispielsweise Polen, die infolge der Westverschiebung Polens durch Russland aus ihren angestammten Gebieten vertrieben und umgesiedelt wurden. Für uns können wir sagen, dass aus Ostpreußen 2 Millionen Menschen, aus Pommern 1,5 Millionen Menschen, aus Schlesien 3,2 Millionen Menschen und aus dem Sudetenland rund 3 Millionen Menschen vertrieben wurden. Niemals dürfen wir deren Schicksal vergessen, vor allem nicht die Ereignisse, die sich vor dem 8. Mai, dem Tag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, in den Gebieten ereignet haben. Kein Vertriebenen- und kein Lastenausgleichsgesetz kann über den Verlust der Heimat und die erlittenen Gräueltaten an unseren Landsleuten hinweghelfen.

(Beifall bei der AfD)

Dazu zählen die Diskriminierungen durch die sozialistischen Regime in den deutschen Sprachinseln im europäischen Osten, insbesondere in der Sowjetunion, die zahlreichen Femizide, wie man sie heutzutage bezeichnet, Vergewaltigungen und Morde an der Zivilbevölkerung, hauptsächlich an Frauen und Kindern, während die Männer an der Front kämpften, die unsäglichen Menschenrechtsverletzungen, vermeintlich gedeckt durch die Beneš-Dekrete, das Blutgericht von Landskron vom 17. bis 21. Mai 1945 mit über 100 Todesopfern, das Massaker von Prerau mit 265 Morden, 120 davon an Frauen, das Massaker von Postelberg mit über 700 bei der Exhumie-

rung 1947 festgestellten Leichen – man hat ihnen nicht einmal das Grab in der alten Heimat gegönnt – sowie die Verbrechen von Aussig, Komotau und Ostrau. Durch den Todesmarsch von Brünn wurden 27.000 Deutsche vertrieben, und um die 5.200 Tote waren zu beklagen.

Die Beneš-Dekrete sind bis heute gültig, gedeckt durch Ausnahmeregelungen in europäischen Verträgen, wie beispielsweise dem Vertrag von Lissabon. Nach achtzig Jahren sind einige tschechische Politiker deutlich weiter als mancher von uns. Sie erkennen dieses Unrecht an. Die Stadt Brünn beispielsweise hat zum 70. Jahrestag des genannten Todesmarsches dieses Unrecht anerkannt und als eine der Ersten auch das Wort Vertreibung benutzt.

Diese aufrichtigen Entschuldigungen müssen wir anerkennen. Wir müssen diese Art und Weise der tschechischen Vergangenheitsbewältigung hochhalten, ihnen die Hand reichen und hier jetzt nicht in falscher deutscher Bekenntnisschuld versinken. Wir brauchen das im Sinne der Aussöhnung und der Völkerverständigung.

Meine Damen und Herren, auch die tschechische Regierung in Prag muss daran erinnert werden, dass es in ihrem Land bereits diese Bestrebungen gibt, die Beneš-Unrechtsdekrete endlich abzuschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir wollen der Staatsregierung mit diesem Dringlichkeitsantrag mit auf den Weg geben, die deutschen Ortsnamen zu verwenden. Es heißt eben Königsberg und nicht Kaliningrad, meine Damen und Herren. Es heißt Danzig und nicht Gdańsk. Es heißt Breslau und nicht Wrocław.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es heißt Kaliningrad!)

Genauso heißt es übrigens auch Bozen statt Bolzano oder Sterzing statt Vipiteno; denn auch in Südtirol haben die Mussolini-Faschisten damals mit Fantasienamen deutsche Ortsnamen verhunzt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist keine Sprachtümelei. Es ist nichts anderes als dieses Gendern. Wir sollten uns der deutschen Sprache bewusst sein und diese pflegen. Sie fahren im Urlaub auch nicht nach Milano und trinken dort einen Cappuccino, sondern Sie fahren nach Mailand, oder Sie fahren nach Venedig, oder Sie fahren nach Marienbad oder nach Karlsbad und besuchen unsere tschechischen Freunde. – In dem Sinne vielen herzlichen Dank und eine schöne Sommerpause!

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Herr Kollege Jürgen Mistol für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Flucht und Vertreibung sind ein Thema, das uns GRÜNE regelmäßig beschäftigt. Warum beschäftigt uns dieses Thema? – Weil im Zentrum unserer Politik der Mensch mit seiner Würde, mit seiner Freiheit steht. Was für die heutige Zeit gilt, gilt auch für das, was Deutschen vor achtzig Jahren widerfahren ist.

Ich sage es ganz deutlich: Für uns GRÜNE im Bayerischen Landtag ist klar, dass es Unrecht ist und bleibt, dass mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Frauen, Männer und Kinder aus ihrer Heimat und aus ihrem Zuhause vertrieben wurden, dass sie enteignet, ihres Besitzes beraubt, misshandelt und ermordet wurden. So steht es auch im Wortlaut einer Erklärung, die meine Fraktion im März dieses Jahres beschlossen hat – übrigens einstimmig – und über die wir uns auch mit dem Bund der Vertriebenen und speziell mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgetauscht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Kolleginnen und Kollegen, Ende 1946 war jeder fünfte Mensch in Bayern aus der Heimat vertrieben oder geflüchtet. Etwa zwei Millionen Menschen, gut die Hälfte,

waren Sudetendeutsche. Diese Zahl ist eindrucksvoll. Wir können das Trauma und das Leid der Vertreibung, das Erleben von schlechter Versorgung, von Unterbringung an fremden Orten und auch von den Konflikten mit den damals ebenfalls notleidenden Einheimischen nur erahnen.

Die damals neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben den Freistaat nach dem bisher dunkelsten Kapitel unserer Geschichte in erheblichem Maß mit aufgebaut, verändert und bereichert. Sie waren ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Bayern hat von diesen Menschen profitiert. Unsere Antwort als Landtag kann nur sein: Lernen wir von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen der Jahre 1945/1946 Versöhnung und Verständigung, die die Saat für Frieden und Freundschaft gelegt haben.

Wir dürfen das nach dem Krieg erlittene Unrecht nicht vergessen und haben die Aufgabe, die Geschichte lebendig zu halten. Ja, es ist für den Landtag ein guter Zeitpunkt, die Versöhnungs- und Aufbauleistung der Menschen mit einem Gedenkakt hier im Landtag zu würdigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie des Abgeordneten Bernhard Pohl  
(FREIE WÄHLER))

Viele von Ihnen wissen ja, dass ich gemeinsam mit dem Kollegen Dr. Hopp vonseiten des Bayerischen Landtags Koordinator der bayerisch-tschechischen Parlamentsfreundschaft bin. Als ich 2019 erstmals mit dieser Aufgabe betraut wurde, war mir schnell klar, dass die Protagonisten der sudetendeutschen Volksgruppe sich schon seit Längerem als wahrhafte Brückenbauer zwischen Tschechien und Bayern betätigen.

Beim Sudetendeutschen Tag sind Minister der tschechischen Regierung eingeladen. Sie sprechen die Sudetendeutschen mit "Liebe Landsleute" an, und es wird nicht nur die deutsche, sondern auch die tschechische Nationalhymne gesungen. Gleichzeitig rückt die Vertreibung der Deutschen in der tschechischen Zivilgesellschaft mehr und mehr in den Fokus. Schon seit zwanzig Jahren machen sich zum Beispiel junge

Menschen aus Brünn auf den Weg der mehr als 20.000 deutschen Brünnerinnen und Brüner, die vor achtzig Jahren zur österreichischen Grenze getrieben wurden. Mindestens 1.700 von ihnen starben dabei. Das ist, finde ich, eine große Geste unserer Nachbarn aus Tschechien. Ich bin letztes Jahr mitmarschiert. In diesem Jahr war die Kollegin Kerstin Celina mit dabei, und wir sind beeindruckt von diesem Engagement.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir dieses Händereichen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen zum Vorbild. Erteilen wir dem Nationalismus eine Absage, stärken wir den europäischen Einigungsprozess, treiben wir ihn voran, um Selbstbestimmung und Freiheit für alle Europäerinnen und Europäer zu gewährleisten und um letztendlich auch den Wohlstand zu sichern. Kämpfen wir für unser demokratisches Gemeinwesen. – Deswegen werden wir dem Dringlichkeitsantrag der CSU gerne zustimmen. Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Herr Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung ist für uns Sozialdemokraten, gerade in Bayern, mehr als eine historische Pflicht. Neben der notwendigen Erinnerung ist es zugleich die Wahrnehmung von Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft.

Wir müssen uns an das Leid von Millionen Menschen erinnern, die durch Krieg, Gewalt und politische Verfolgung ihre Heimat verloren haben. Wir müssen uns an die schrecklichen Folgen der Nazizeit in den Ländern Mittel- und Osteuropas erinnern. Wir müssen uns aber gleichermaßen an diejenigen erinnern, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren haben. Der tschechische Historiker Jiří Padevět hat detailliert aufgelistet, was dieser blutige Sommer des Jahres 1945 für unsere deut-

schen Mitbürgerinnen und Mitbürger bedeutet hat. Aber es war erst der Auftakt zur organisierten Vertreibung aus Mittel- und Osteuropa.

Deswegen sind achtzig Jahre ein wichtiger Termin, ein wichtiger Punkt für uns, um an diese Vertreibung zu erinnern, aber vor allem, um in Gegenwart und Zukunft im Hinblick auf Mittel- und Osteuropa gestaltend tätig zu werden.

Allein nach Bayern kamen – es ist schon deutlich geworden – 1945 in nur elf Monaten 70.000 Vertriebene. Sie kamen in ein zerstörtes Land, das ihnen oft auch mit Skepsis begegnete. Ich kann das für meine Mutter, Jahrgang 1929, mittlerweile verstorben, berichten. Für sie war die Vertreibung als 16-jähriges Mädchen ein tiefer Einschnitt in ihrer Identität. Sie hat bis an ihr Lebensende nie einen Hass gegenüber den Tschechen zum Ausdruck gebracht. Aber es war ein tiefer Einschnitt in ihr Leben und ist es auch geblieben. Das ist für mich das Sinnbild dessen, was Flucht und Vertreibung bedeuten können.

Die SPD hat von Anfang an Verantwortung für die Heimatvertriebenen übernommen, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner und seinem Innenminister Josef Seifried entstand nach dem Krieg eine funktionierende Flüchtlingsverwaltung. Das erste bayerische Flüchtlingsgesetz wurde unter sozialdemokratischer Führung beschlossen. Es wurde zum Vorbild für das Bundesvertriebenengesetz. Auch der wichtige Begriff des "Vierten Stammes", mit dem den Sudetendeutschen zu Recht Anerkennung und Integration bescheinigt wurde, geht auf Hoegner zurück. Wir fühlen uns deshalb in einer guten Tradition.

Volkmar Gabert, der langjährige Fraktionsvorsitzende der SPD, war ein starker Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft und auch der Seliger-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft der Sozialdemokraten aus dem Sudetenland. Ich erinnere an Wenzel Jaksch, ich erinnere aber auch an meine Vorgänger als Sudetenpolitische Sprecher Albrecht Schläger und Christa Naaß. Im Bayerischen Landtag gab es bislang 16 Empfänge für Vertriebene und Aussiedler. Das zeigt, was auch im Dringlich-

keitsantrag zum Ausdruck kommt, nämlich dass heute die wahren Brückenbauer die Heimatvertriebenen und die Landsmannschaften sind, weil sie mit Empathie die Kontakte nach Mittel- und Osteuropa pflegen. Ohne sie würde vieles nicht so laufen, wie wir uns das wünschen. Das verdient an dieser Stelle Lob, Anerkennung und Dankbarkeit.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Alle demokratischen Fraktionen sind sich in dieser Frage einig. Wir haben hier fraktionsübergreifend einen großen Konsens, was wichtig ist. Das war nicht immer so. Die Sozialdemokraten haben sich immer für diesen Konsens eingesetzt. Es ist gut, dass wir uns diesen Konsens gemeinsam erarbeitet haben.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas zum Dringlichkeitsantrag der AfD sagen: Die Haltung der AfD zu den Heimatvertriebenen ist scheinheilig und bigott; denn Ihr Partner, den Sie zu Ihren Wahlkampfveranstaltungen in Deutschland einladen, ist Václav Klaus. Václav Klaus ist in Tschechien einer der Politiker, der die Beneš-Dekrete bis zum Schluss verteidigt und im Zweifel die Anliegen der Sudetendeutschen diskreditiert hat. Das ist Ihr Partner. Das passt mit Ihrem Engagement überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Gehen Sie einmal in sich und zeigen Sie eine klare Haltung. Laden Sie diesen Václav Klaus nie mehr ein. Das haben Sie bis zum Schluss getan. Deswegen haben Sie bei diesem Thema keine Glaubwürdigkeit. Sie sollten lieber schweigen und hier keine Forderungen mehr in den Raum stellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Andreas Winhart für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

**Andreas Winhart (AfD):** Es ist unglaublich, was Sie sich gerade herausgenommen haben. Wir reden wenigstens mit diesen Leuten und weisen sie auf die Probleme hin. Ich weiß nicht, wann sich zuletzt jemand von der SPD einmal mit diesen Leuten getroffen und versucht hat, diese Beneš-Dekrete wegzubekommen.

Sie haben hier eine Historie aufgezeigt, wonach sich die SPD angeblich hervorragend um die Heimatvertriebenen und Entrechteten gekümmert hat. Meine Damen und Herren, wir wissen alle, wer die Ostverträge unterschrieben hat. Das war die SPD. Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten.

(Beifall bei der AfD)

**Volkmar Halbleib (SPD):** Zunächst zu Ihnen: Sie verraten die sudetendeutschen Sozialdemokraten und die Sudetendeutschen insgesamt, weil Sie Václav Klaus nicht nur zur Diskussion, sondern auch zum AfD-Wahlkampf hier in Bayern eingeladen haben. Das ist die Wahrheit. Sie paktieren mit Václav Klaus, einem Politiker, der die Beneš-Dekrete bis heute verteidigt und die Anliegen der Sudetendeutschen diskreditiert. Befassen Sie sich einmal mit Ihren weißen Flecken bei diesem Thema. Die Weste der bayerischen Sozialdemokraten ist diesbezüglich lupenrein; das ist in den Geschichtsbüchern nachweisbar.

(Lachen bei der AfD)

– Ihr Gelächter zeigt, dass Sie sich mit gar nichts auseinandergesetzt haben und nur auf platte Parolen setzen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor achtzig Jahren ist unseren Landsleuten in Osteuropa

nach dem Zweiten Weltkrieg schweres Unrecht zugefügt worden. Die Vertreibung ist ein Schicksal, das auch meine Großeltern und mein Vater erleiden mussten. Dieses Schicksal hat die Menschen aber nicht gebrochen. Die Sudetendeutschen – ich nenne sie exemplarisch, weil sie die stärkste Gruppe sind, rund zwei Millionen Menschen – haben in Bayern angepackt. Sie haben Bayern mit aufgebaut, und wir verdanken ihnen unglaublich viel.

Bayern wäre wirtschaftlich, sozial und kulturell nicht so stark, hätte es die Vertreibung nicht gegeben. So muss man sagen: Wir sind die Nutznießer dieses schrecklichen Verbrechens. Deswegen verneigen wir uns zu Recht vor der Aufbauleistung dieser Menschen und davor, dass sie unsere Gesellschaft bereichert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern hat diesem Umstand Rechnung getragen. Er hat die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen übernommen. Frau Kollegin Scharf, Sie sind die Schirmherrschaftsministerin. Ich finde, das ist für Sie eine große Auszeichnung und Ehre, aber auch für die Menschen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Damit komme ich zu den Beneš-Dekreten. Liebe Kollegen von der AfD, ich lasse es euch nicht durchgehen, dass ihr landauf, landab mit der Behauptung hausieren geht, die Regierungsfractionen verteidigten die Beneš-Dekrete. Das Gegenteil ist der Fall.

(Widerspruch bei der AfD)

Selbstverständlich sagen wir, dass diese Dekrete Unrecht sind.

(Zurufe von der AfD: Ah!)

Aber, jetzt frage ich: Wie sollen wir im Konsens tschechisches Recht ändern? Wir sind nicht die Besatzungsmacht der Tschechischen Republik. Dieses Recht kann nur im Konsens geändert werden. Dafür ist der Bau von Brücken und eine Versöhnung not-

wendig. Das leisten wir. Ich sage Ihnen, wer hier gut auf dem Weg ist. Ich nenne hier den Namen eines Mannes, der früher in diesem Parlament als Präsident gewirkt hat, nämlich Johann Böhm. Er hat maßgeblich an der Marienbader Erklärung mitgewirkt, die die gegenseitige Versöhnung unter Achtung des erlittenen Unrechts betont. Das ist ein Beitrag zum Frieden. Das ist ein Beitrag zur Versöhnung. Langfristig wird das auch ein Beitrag dazu sein, dass die Beneš-Dekrete irgendwann verschwinden werden.

Wer sich aber wie der Elefant im Porzellanladen gebärdet, darf sich nicht wundern, wenn am Ende nur Scherben daliegen. Herr Kollege Halbleib hat sehr treffend gefragt: Wer sind denn eure Freunde? Glaubt ihr denn wirklich, dass Wladimir Putin einen Sinn für die Aussöhnung von Tschechen und Sudetendeutschen oder gar für zwei Sprachen auf Ortsschildern hat? – Träumt weiter! Ihr seid diejenigen, die auf der falschen Seite der Geschichte stehen.

Ich danke den Regierungsfractionen für ihren Dringlichkeitsantrag. Wir werden ihm selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste Meldung stammt von der Abgeordneten Elena Roon von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

**Elena Roon (AfD):** Geschätzter Herr Pohl, ich freue mich, dass Sie endlich den Unterschied zwischen Ausländer und Aussiedler erkannt haben. Bei uns in Nürnberg und allgemein in Deutschland gibt es sehr viele russlanddeutsche Vereine, die inzwischen von der Regierung unter Druck gesetzt werden und gezwungen sind, ihre Räumlichkeiten zu verlassen. Das geschieht leider nicht nur in Bayern.

Davon sind auch viele Kinder aus der ehemaligen Sowjetunion sowie geflüchtete Kinder aus der Ukraine betroffen, die diese Vereine besuchen. Trotz allem werden diese Vereine sehr stark unter Druck gesetzt. Herr Söder war immer wieder bei Veranstal-

tungen und hat sich dort schön präsentiert, und zwar so, dass die Leute inzwischen von ihm nichts mehr hören wollen. Er ist dort nicht mehr erwünscht. Was halten Sie davon?

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Geschätzte Kollegin, wer aus dem Oblast St. Petersburg kommt, kennt sich mit Unterdrückung aus, das kann ich durchaus nachvollziehen.

Da Sie mir noch fünfzig Sekunden Redezeit geschenkt haben, möchte ich noch etwas zu Ihren Ortsschildern sagen. Herr Kollege Winhart, Sie haben Unrecht. Ein Ort trägt im Deutschen einen anderen Namen als in der Landessprache dort. Deswegen heißt Gablonz an der Neiße auf Deutsch "Gablonz an der Neiße", aber auf Tschechisch "Jablonec nad Nisou". In Tschechien ist es klar, dass diese Bezeichnung dort am Ortsschild steht.

Ich würde mir wünschen, dass die deutschen Rundfunkanstalten in ihrem Teletext und ihren Ausstrahlungen die deutschen Namen nennen würden; denn wenn wir Deutsch sprechen, sollten wir "Gablonz", "Reichenberg" und "Iglau" sagen, nicht die tschechischen Namen. Aber dass man jetzt im bayerischen Parlament sagt, wir seien diejenigen, die die tschechischen Schilder verändern, ist einigermaßen absurd.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um. – Es liegt eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung, des Kollegen Jürgen Mistol vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Bitte schön.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Pohl, teilen Sie meinen Eindruck, dass es der AfD bei diesem Thema gar nicht um Versöhnung geht, sondern um etwas ganz anderes? Können Sie sich erklären, warum die AfD bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hausverbot hat?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Kollege Mistol, tiefenpsychologische Analysen über die AfD erspare ich mir.

(Zurufe von der AfD)

Aber warum die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit der AfD nichts zu tun haben will, ist selbsterklärend.

Kollege Mistol, Kollege Halbleib und ich sind regelmäßig im Deutsch-Tschechischen Zukunftsforum in Marienbad. Ich habe mich am Sonntagabend mit dem tschechischen Parlamentarier Petr Beitzl getroffen. Dabei gewinnt man ein Gefühl für die andere Seite. Es gibt auch Dinge, die unausgesprochen sind. Wenn Sie aber Leute mit am Tisch sitzen haben, die dafür überhaupt keine Antenne haben, können Sie nichts entwickeln, sondern nur zerstören. Deswegen ist es richtig und gut, dass die AfD jedenfalls in der jetzigen Besetzung nicht Teil dieses Brückenbaus und dieses Versöhnungsprozesses ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Bravo!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich meinen aufrichtigen Dank an meine Fraktion, die CSU-Fraktion, für diesen Dringlichkeitsantrag "80 Jahre Flucht und Vertreibung – 75 Jahre Verständigung" aussprechen. Das ist ein Antrag, der Erinnerung und Zukunft zugleich bedeutet. Danke, dass ihr es auf die Tagesordnung gesetzt habt.

Ich bin davon überzeugt: Wer Frieden will, muss erinnern, wer Verständigung will, muss erzählen. Wer Versöhnung ernst meint, muss sichtbar machen, was Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler für Bayern, für Deutschland und für Europa geleistet

haben. Achtzig Jahre nach Flucht und Vertreibung, 14 Millionen Menschen – Verlust im Herzen, trotzdem Hoffnung. Sie kamen nach Bayern und nach Deutschland. Was haben sie getan? – Sie haben nicht gefordert, sie haben nicht geklagt, sondern angepackt, aufgebaut, mitgestaltet – Brücken schlagen und versöhnen. Nur fünf Jahre nach Kriegsende wurde die Charta der Heimatvertriebenen unterzeichnet, ein ganz klares Nein zur Rache und ein klares Ja zur Versöhnung und zu Europa. Diese Haltung und diese Größe beeindruckten mich immer wieder aufs Neue. Sie verdienen Respekt und vor allem unsere politische Unterstützung, gerade heute.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber ich weiß noch gut, vor fünf Jahren, 2020, wurde hier im Hohen Haus das 70-jährige Bestehen der Charta der deutschen Heimatvertriebenen gewürdigt, und zwar fraktionsübergreifend. Nur aus einer Fraktion kamen Enthaltungen: von der AfD. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer gegen Aussöhnung und Völkerverständigung ist, hat mit Heimat nichts Gutes im Sinn. So klar ist das, so ernst und so gefährlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir merken es heute wieder am Antrag der AfD: Es werden nur einseitige Forderungen gestellt. Aber Verständigung braucht Verständnis. Die AfD dagegen setzt auf Konfrontation; ein Kompromiss ist Fehlanzeige. Es herrschen Provokation statt Lösungsorientierung, Zwietracht als Programm, Misstrauen statt Miteinander und Feindbild statt Aussöhnung und Frieden. Deshalb lehnen wir den AfD-Antrag ganz entschieden ab.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Die deutschen Heimatvertriebenen zeigen einen anderen Weg. Herkunft baut Brücken und Erinnerung verbindet. Meine Damen und Herren, wahrer Stolz grenzt nicht aus, sondern er trägt.

Ich war in den letzten Monaten viel unterwegs: beim bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, beim Heimattag der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl, beim 75. Sudetendeutschen Tag in Regensburg, aber auch beim Brünner Versöhnungsmarsch. Gemeinsam mit der Beauftragten Dr. Petra Loibl durfte ich dort achtzig Jahre nach dem Brünner Todesmarsch dabei sein. Damals gab es Gewalt, Vertreibung und Tausende Tote. Heute erleben wir Erinnerung, Begegnung und Versöhnung, einen Marsch in umgekehrter Richtung. Deutsche und Tschechen gehen einen gemeinsamen Weg: zurück in die dunkle Geschichte und doch den Blick nach vorne gerichtet. Hier herrschen kein Misstrauen und keine Schuldzuweisung, sondern gegenseitiger Respekt, Achtung und Dialog. Ich habe mit dem tschechischen Bildungsminister und mit Rumäniens Außenminister gesprochen und überall Offenheit, Vertrauen und Interesse erfahren, dank der Heimatvertriebenen. Sie waren und sind die Brückenbauer in Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Ort, der das sichtbar macht, ist der Heiligenhof in Bad Kissingen. Vor knapp zwei Wochen durfte ich den Erweiterungsbau gemeinsam mit dem Staatssekretär Sandro Kirchner einweihen. Wir erleben dort kein Denkmal, sondern einen Denkort, einen Denkraum und eine Zukunftswerkstatt für Erinnerung, für Austausch und für Zusammenhalt. Jugendliche aus Bayern und Osteuropa begegnen sich dort, lernen gemeinsam, diskutieren, verstehen und erleben ganz konkret Versöhnung.

Ich bin auch stolz auf unser Leuchtturmprojekt, das Sudetendeutsche Museum in München, ein Ort der Erinnerung, ein Ort der Verständigung und ein Ort, der Brücken baut. Es ist eines der beliebtesten Museen in Bayern und in Europa hoch angesehen. Was mich dabei ganz besonders freut: Unsere tschechischen Nachbarn kommen gerne dorthin. Unser Museum ist ein Kraftort für Verständigung und ein Kraftort für Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Erinnerung schützt vor Verharmlosung und vor Wiederholung. Erinnerung trägt, sie stützt, sie mahnt und sie formt. Erinnerung ist das

Fundament für eine wehrhafte Demokratie und für wache Bürgerinnen und Bürger. Was war, ist ein Vermächtnis. Wer Frieden will, muss erinnern, wer Verständigung will, muss zuhören, wer Europa will, muss Brücken bauen. Darum bin ich dankbar, dass wir im Jahr 2025 hier im Bayerischen Landtag daran erinnern. Wir würdigen, was Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler geleistet haben.

Ich bin froh, dass auch durch unseren Einsatz schwarz auf weiß im Koalitionsvertrag in Berlin zu lesen ist: Kulturförderung sichern, Zuständigkeiten bündeln und Erinnerung bewahren. – Das ist ein starkes Zeichen und ein ganz starkes Bekenntnis zur Erinnerung.

Das Wirken der Heimatvertriebenen, der Aussiedler und der Spätaussiedler ist ein Schatz. Ihr Erbe ist unser Auftrag und ihr Einsatz ist unser Vorbild. Für uns gilt es, aus Krieg und Vertreibung zu lernen, für Frieden und Freiheit zu kämpfen, für Bayern, für Deutschland und für Europa. Wir sehen doch gerade jetzt: Russland führt Krieg, Menschen verlieren ihre Heimat und Frieden ist zerbrechlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gilt: Erinnern mit Würde, Fördern mit Verantwortung und Anerkennen mit offenen Herzen. Wer seine Wurzeln kennt, steht fester. Wer Versöhnung lebt, schützt den Frieden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich weise für unsere Fraktion und für mich persönlich aufs Schärfste zurück, wir wollten keine Aussöhnung. Ich weiß nicht, was Ihnen Ihr Referent in Ihre vorbereitete Rede geschrieben hat.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr seid die Partei der Zerstörer!)

Sie sollten vielleicht vorher einmal durchlesen, was Sie hier vortragen. Vielleicht waren Sie ja auch mit Herrn Pohl beim Frühschoppen, man weiß es nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Peinlich! – Zurufe von der CSU und den FREI-EN WÄHLERN)

Auf jeden Fall habe ich folgende Frage: Wie oft müssen wir noch Versöhnung mit der Tschechischen Republik betreiben, bis die Tschechische Republik Ihrer persönlichen Meinung nach bereit ist, die Beneš-Unrechtsdekrete als Unrecht anzuerkennen und abzuschaffen?

(Beifall bei der AfD)

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Herr Winhart, Sie und Ihre Fraktion haben sich mit dem heutigen Antrag wieder entlarvt.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie haben sich mit der Diskussion und mit den Nachfragen heute wieder entlarvt. Das, was Sie nicht wollen, ist Versöhnung.

(Zurufe von der AfD – Gegenruf der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Jetzt halt endlich mal den Mund und lass andere reden! Das geht mir auf den Sack! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Das Wort hat Frau Staatsministerin. Bitte schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Ich bin schon fertig mit meinen Worten; denn es hat keinen Wert, noch weitere Worte zu verlieren. Wir haben festgestellt, wie Sie sich entlarven. Sie wollen keine Versöhnung und keine Verständi-

gung. Sie haben ein Hausverbot bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Das spricht für sich. Arbeiten Sie an Ihren Aufgaben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD  
– Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo! – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN:  
Bravo!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt jetzt noch die Meldung zu einer persönlichen Erklärung des Kollegen Volkmar Halbleib nach § 112 der Geschäftsordnung vor. Es dürfen nur Angriffe zurückgewiesen werden; es darf nicht zur Sache gesprochen werden. Bitte schön.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Winhart von der AfD-Fraktion hat den Sozialdemokraten – auch den Vertretern der Sozialdemokraten hier im Hohen Hause, namentlich mir als Redner der Sozialdemokraten – hinsichtlich der Frage der Ostverträge Verrat an den Interessen der Heimatvertriebenen vorgeworfen. Ich weise das mit Empörung zurück, weil es damals schwere Entscheidungen – –

(Zuruf von der AfD)

– Einfach zuhören und nachdenken; dazu haben Sie allen Anlass! Zuhören und nachdenken!

Die Ostverträge waren schwere Entscheidungen. Die Ostverträge sind aber nachher – nach den sozialdemokratisch geführten Regierungen – nie mehr verändert worden.

(Zuruf von der AfD)

Sie waren Grundlage für wichtige Veränderungen in Mittel- und Osteuropa. Sie waren auch Grundlage für die deutsche Einigung. Sie waren letztlich Grundlage für die Vier-plus-Zwei-Verträge.

(Martin Böhm (AfD): Zwei-plus-Vier!)

– Oder Zwei-plus-Vier-Verträge, je nachdem. Die ganz überwiegende Zahl – –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass Sie nur Angriffe zurückweisen und nicht zur Sache selbst sprechen können.

(Andreas Winhart (AfD): Genau!)

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ja, ich weise den Angriff zurück und begründe diese Zurückweisung damit, dass die überwiegende Zahl der Heimatvertriebenen das genauso sieht wie wir. Sie akzeptieren die Grenzen und wollen sie nicht mehr verschieben.

Die Einzigen, die mit Putin bei der Verschiebung von Grenzen zusammenarbeiten wollen,

(Zurufe der Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) und Martin Böhm (AfD))

sind die Mitglieder der AfD-Fraktion hier in diesem Hohen Hause.

(Widerspruch bei der AfD)

Das ist die Wahrheit, die Sie mal zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/7654 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte anzeigen. –

(Zurufe von der AfD)

– AfD, auch Zustimmung? – Entschuldigung. Damit hat das gesamte Haus dem Dringlichkeitsantrag zugestimmt. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/7744 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen. – CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.